

# Die Wende auf dem Medienmarkt

Von Beate Schneider

Wenn Ironie gestattet ist, stellen sich der Fall der Mauer und seine Folgen für die Medien als imponierende Erfolgsgeschichte dar. Dies gilt gleichermaßen für den privaten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie für die Presse, obwohl diese Bereiche mit ganz unterschiedlichem medienpolitischem Elan geregelt und geordnet wurden.

Deutlich wird das vor allem im öffentlich-rechtlichen Bereich. Auf kaum einem anderen Gebiet ähneln sich die Systeme in Ost und West gleichermaßen. Nahtlos und glatt geriet der Übergang in der Nacht zum 1. Januar 1992. Der neu gegründete Mitteldeutsche Rundfunk ist ein moderner, leistungsstarker Sender, der zwar wegen exzessiver marktwirtschaftlicher Experimente immer mal ins Gerede kommt, andererseits mit seinem 3. Fernsehprogramm die höchste Zuschauerbindung aller dritten Programme in Deutschland erreicht. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit dem Norddeutschen Rundfunk einen starken Partner gesucht und ist kein Kostgänger im strapazierten System des Finanzausgleichs geworden. Selbst die Neuordnung von ORB und SFB ist inzwischen auf den Weg gebracht.

Die neuen Bundesländer zeichnen sich auch durch eine reiche private Rundfunklandschaft aus. Die gleichen Akteure wie im Westen betreiben unter ganz ähnlichen Bedingungen die Radiostationen. Beim privaten Fernsehen allerdings sind die neuen Bundesländer nur ein erweitertes Sendegebiet. Bis auf lokale Fenster wurde kein Sender lizenziert. Die privaten TV-Programme – besonders RTL und Pro 7 – sind hier jedoch höchst erfolgreich und beliebt.

Der Pressemarkt kann mit eindrucksvollen Zahlen aufwarten: Geradezu als Musterbeispiel verantwortungsvollen Investments haben sich nach dem Fall der Mauer etwa 60 vorwiegend westdeutsche Verlage dort engagiert und mehr als 80 meist lokale Zeitungen auf den Markt gebracht, Druckereien gebaut, Arbeitsplätze geschaffen.<sup>1</sup> Allein mit der Veräußerung der ehemaligen SED-

---

<sup>1</sup> Überblicke über die Entwicklung auf dem Pressemarkt nach der Wende geben: Beate SCHNEIDER, *Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost)*, Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministers des Innern, 4 Bde. Hannover/Leipzig 1992; Dieter STÜRZEBECKER, *Publizistische Einheit? Marktstrukturen und Wettbewerbsverhältnisse der Tagespresse in den neuen Ländern seit der Wende*. Univ. Diss., Hannover 1997; Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER, *Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern*, Baden-Baden 1998.

Zeitungen hat die Treuhand den Rekordbetrag von 1,2 Mrd. DM eingespielt. Sie konnte unter einer Vielzahl von Bewerbern die neuen Eigentümer aussuchen. Dabei erhielten erstmals westdeutsche Zeitschriftenverleger die Möglichkeit zu diversifizieren und sich als Zeitungsverlage zu etablieren. Gruner + Jahr – bisher nur glückloser Herausgeber der »Hamburger Morgenpost« – wurde durch den Erwerb in Berlin und in Dresden eines der größten deutschen Zeitungshäuser, auch Burda und Bauer sind inzwischen respektable Zeitungsverleger. Auf dem Gebiet des Zeitungswesens haben sich die neuen Bundesländer hervorragend platziert: Unter den zehn auflagenstärksten Zeitungen Deutschlands rangieren 6 Blätter der ehemaligen DDR.<sup>2</sup>

Zugegeben: Der Zeitschriftenmarkt in den neuen Bundesländern ist kein Ruhmesblatt. Die wenigen ehemaligen DDR-Titel konnten auch erfolgsverwöhnte westdeutsche Verlage nur ausnahmsweise am Leben erhalten. Auf der anderen Seite konnten die Neubürger mit den so zeitgeistnahen, verhältnismäßig teuren, postmodernen Glanztiteln der alten BRD wenig anfangen. Immerhin, das Segment Heimwerker und Ratgeber läuft einigermaßen, und da gibt es ja auch noch die »Superillu«.<sup>3</sup>

Richtet man schließlich den Blick weiter nach Osten, ist der Erfolg gar grenzenlos. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und dem Ende des Kalten Krieges haben deutsche Medienunternehmen neue Märkte erschlossen und ihre Chance ergriffen: So wurde der Regionalverlag der »Passauer Neuen Presse« zum wahrscheinlich größten Zeitungsverleger in Polen, der WAZ-Verlag dominiert den Pressemarkt in Bulgarien, vertreibt Zeitungen und Zeitschriften auch in Ungarn, Rumänien, Kroatien. Bauer gibt mehr als 15 Zeitschriftentitel in Polen und eine Hand voll in Ungarn heraus. Holtzbrinck ist in Slowenien und Tschechien aktiv, Springer in Rumänien, Polen, Tschechien und in Ungarn mit acht regionalen Zeitungen und vielen Zeitschriften auf dem Markt. Auch Gruner + Jahr betätigt sich erfolgreich in Ungarn, Rumänien, Tschechien.<sup>4</sup> Mit diesen Engagements konnten die Verlage also dort expandieren, wo sie die deutsche Fusionskontrolle nicht behindert und die Marktzutrittsbarrieren nicht unüberwindbar sind.

Ähnliches beobachten wir im Rundfunkbereich. Das internationale Beteiligungsunternehmen Eurocast ist z. B. an Radiostationen in Polen und Tsche-

---

2 Walter J. SCHÜTZ, *Zur Entwicklung des Zeitungsmarktes in den neuen Ländern 1989–1992*, in: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (Hg.): *Zeitungen '92*, Bonn 1992, S. 270–296.

3 Siehe dazu die umfangreiche Dokumentation von Michael HALLER/Johannes LUDWIG/Hartmut WESSLER, *Entwicklungschancen und strukturelle Probleme der Zeitschriftenpresse in den neuen Bundesländern*, Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Leipzig 1994.

4 Horst RÖPER, *Formation deutscher Medienmultis 1999/2000. Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen*, in: *Media Perspektiven*, Nr. 1/2001, S. 2–30.

chien beteiligt, RTL mit Sendern und Beteiligungen überall in Osteuropa, wo ausländische Unternehmen aktiv werden dürfen.

Und doch feiert niemand diese Erfolgsgeschichte der Medien nach der Wende in der DDR. Ein in Deutschland schon damals eher zurückhaltendes Interesse bestand noch in den ersten Nachwende-Jahren. Etwa ab Mitte der 90er reißt es dann schlagartig ab. Selten ausdrücklich thematisiert und benannt, äußert sich – ganz gegen den Trend dieser Zahlen – ein eher diffuses Unbehagen, vor allem dann, wenn die PDS wieder Wahlerfolge in den neuen Ländern feiert. Dann wird – oft von gegensätzlichen Positionen aus – über die Medien und deren Einfluss spekuliert.

Die Schriftstellerin Monika Maron hat zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung den Medien die Schuld dafür zugeschoben, dass die Mauer in den Köpfen der Menschen fortbestehe: Die (westdeutsche) Presse zeichne ein diskriminierendes Bild vom larmoyanten, dumpfen, rechtsradikalen und Demokratie unfähigen Ossi.<sup>5</sup> Die Schuld liege im Osten, konstatiert dagegen Elisabeth Noelle-Neumann: Dass sich Ostdeutschland in zahlreichen Punkten bis heute nicht aus der Indoktrination der DDR-Zeit gelöst habe, liege daran, dass ein gesinnungsfestes Mediensystem auch nach der Wende zu einem großen Teil erhalten geblieben sei.<sup>6</sup>

Wissenschaftliche Untersuchungen zur Medienberichterstattung<sup>7</sup> in den neuen Bundesländern liegen längst vor und können die Diskussion versachlichen. Die Ergebnisse der Presseanalysen bestätigen einen engen Zusammenhang von Berichterstattung und den Strukturen des ostdeutschen Mediensystems, das durch medienpolitische Entscheidungen bzw. Enthaltensamkeit geformt wurde und verantwortet werden muss.

Und tatsächlich ist das Mediensystem in den neuen Bundesländern bis heute maßgeblich durch strukturelle Faktoren bei der Neuorganisation bestimmt. Hierbei gaben – spätestens mit dem Tag der Wiedervereinigung – zwei durch

---

5 Monika MARON, *Unüberwindlich? Die Mauer in den Köpfen*. Rede anlässlich der Verleihung des Journalistenpreises der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis – am 16.09.1999 in Leipzig. Unveröffentlichtes Redemanuskript.

6 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Die Deutschen haben die Probe als Nation bestanden. Die Wiedervereinigung ist aber noch nicht abgeschlossen*, in: FAZ vom 27.09.2000.

7 Untersuchungen zur Berichterstattung von Zeitungen in den neuen Bundesländern liegen vor von: Winfried SCHULZ, *Den roten Federn auf der Spur. Ein erster Bericht über eine vergleichende Inhaltsanalyse ost- und westdeutscher Tageszeitungen*, in: Beate SCHNEIDER/Kurt REUMANN/Peter SCHIWY, *Publizistik. Festschrift für Walter J. Schütz*, Konstanz 1995, S. 287–299; Helmut SCHERER/Lutz M. HAGEN/Theodor ZIPFEL/Harald BERENS, *Die Darstellung von Politik in ost- und westdeutschen Tageszeitungen*, in: *Publizistik*, 42 (1997), S. 413–438; Beate SCHNEIDER/Wiebke MÖHRING/Dieter STÜRZEBECKER, *Lokalzeitungen in Ostdeutschland – Strukturen, Publizistische Leistung und Leserschaft*, in: *Media Perspektiven*, Nr. 7/1997, S. 378–390; Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER/Wiebke MÖHRING, *Ortsbestimmung. Lokaljournalismus in den neuen Ländern*, Konstanz 2000; Wiebke MÖHRING, *Die Lokalberichterstattung in den neuen Bundesländern. Orientierung im gesellschaftlichen Wandel*, München 2001.

staatliche Akte berufene Institutionen den Ausschlag: Die Treuhandanstalt, zuständig für die Privatisierung der vormalig übermächtigen SED-Presse, und die so genannte »Einrichtung« für die »Abwicklung« des ehemaligen DDR-Rundfunks. Beiden Institutionen ist in der Folgezeit Fantasielosigkeit, mangelnde Sensibilität, parteipolitische Schacherei und Versagen vorgeworfen worden. Unerwünschte Nebenwirkungen durch den Rückgriff auf »medienrechtliche Stereotypen« wurden befürchtet, langfristige »mentale Verwerfungen« vorhergesagt. Der Verzicht auf Innovationen bei der Medienentwicklung in den neuen Ländern könne sich eines Tages als »historischer Fehler« erweisen.<sup>8</sup>

Eine Bestandsaufnahme bestätigt die negativen Folgen: Im Rundfunk kam es zu einer strikten Angleichung der Systeme. Die »Einrichtung« unter ihrem »Rundfunkbeauftragten« Rudolf Mühlfenzl agierte als Liquidationsgesellschaft zur Auflösung des DDR-Hörfunks und -Fernsehens und musste dabei nach politischen Vorgaben der Länder handeln. Kennzeichnend dafür ist einerseits die »Abwicklung« des staatlich-zentralistischen Systems in seinen bis dahin bestehenden Strukturen, Sendeanstalten und Programmangeboten und die Strukturierung eines neuen Systems. Im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Sektor wurde dabei das bundesrepublikanische Modell übertragen.

Dieses duale System hatte sich zwar in den Grundzügen bewährt, galt jedoch auch Anfang der 90er Jahre schon in wesentlichen Teilbereichen als nicht mehr zeitgemäß und daher dringend reformbedürftig. Pläne für einen Nordostdeutschen Rundfunk (NORAG) als gemeinsame Anstalt für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin in der neuen Form einer öffentlich-rechtlichen Holding als schlanke Verwaltungseinheit ohne Programmproduktion wurden zwar entwickelt, aber nicht verwirklicht. Dabei hätte gerade dieses innovative Modell die Strukturschwächen des gesamten öffentlich-rechtlichen Systems überwinden helfen können.<sup>9</sup> Mecklenburg-Vorpommern aber entschloss sich für den Verbund mit dem NDR, und Brandenburg verlor daraufhin jedes Interesse an einer gemeinsamen Anstalt mit dem als dominant gefürchteten Berlin und einem schuldenbelasteten, subventionsbedürftigen SFB. Die im Februar 1992 in einem Staatsvertrag in Aussicht genommene enge Zusammenarbeit im Bereich des Rundfunks wurde erst im Jahr 2002 Realität.

---

<sup>8</sup> Peter SCHIWY, *Versagt, versäumt, verpasst. Die Medienneuordnung in den neuen Bundesländern*, in: *Bertelsmann Briefe*, Nr. 127, 1992, S. 42–46; Beate SCHNEIDER, *Die ostdeutsche Tagespresse – eine (traurige) Bilanz*, in: *Media Perspektiven*, Nr. 7/1992, S. 428–441.

<sup>9</sup> Vgl. ausführlich Walter J. SCHÜTZ, *Der (gescheiterte) Regierungsentwurf für ein Rundfunküberleitungsgesetz der DDR. Chronik und Dokumente*, in: Arnulf KUTSCH/Christina HOLTZ-BACHA/Franz R. STUKE (Hg.), *Rundfunk im Wandel. Beiträge zur Medienforschung. Festschrift für Winfried B. Lerg*, Berlin 1992, S. 263–303; Beate SCHNEIDER, *Massenmedien im Prozess der deutschen Vereinigung*, in: Jürgen WILKE (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 602–629.

Langwierige Verhandlungen zwischen den Regierungschefs der Länder und der Bundesregierung gingen der Gründung des »Deutschlandradios« voraus. Verbrämt als Rettungsversuch für den »Deutschlandsender Kultur« aus der DDR-Hinterlassenschaft ging es weit mehr um den Erhalt des »Deutschlandfunks« und die Integration des ersten Hörfunkprogramms von »RIAS Berlin«. Beide Sender hatten in der Zeit vor der Wende die Aufgabe, mit ihren Programmen ganz Deutschland, also auch die Menschen in der DDR, mit Informationen zu versorgen und auf die Einheit hinzuwirken. Mit der Vollendung dieser Einheit hatten sie eigentlich ihre Existenzberechtigung – gemessen am Programmauftrag – verloren. Der politische Wille bescherte Deutschland stattdessen zwei nationale Hörfunkprogramme, und »DS Kultur« verdankt seine Existenz politisch teuren Kompromissen, um den Bestand von eigentlich obsolet gewordenen westdeutschen Sendern im neuen Gewand zu legitimieren.

Auch die Gestaltung des privaten Rundfunks in ausschließlicher Kompetenz der neuen Länder ist kaum mehr als eine bloße Kopie von West-Standards. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: An allen der im neuen Bundesgebiet zugelassenen Sendegesellschaften sind gerade die westdeutschen Unternehmen oder Unternehmensgruppen maßgeblich beteiligt, die bereits über große Beteiligungen in der Rundfunklandschaft der alten Bundesländer verfügen. Ebenso wie in Westdeutschland hält man vorrangig Verlage für die geborenen Radio-Betreiber, obwohl ja gerade sie in den neuen Bundesländern fast ausschließlich Monopolisten in ihrem Verbreitungsgebiet sind und die Konzentration so maßgeblich beschleunigt wird. Auch wenn die elektronischen Medien der ehemaligen DDR grundlegend umstrukturiert wurden: Die Bezeichnung »Neu«-Ordnung haben diese Anstrengungen nur bedingt verdient: Die Chance zur Innovation im wiedervereinigten Deutschland wurde versäumt.

War beim Rundfunk der politische Gestaltungswille groß, ist die Entwicklung im Pressewesen vorwiegend durch medienpolitische Abstinenz gekennzeichnet. Die Treuhandanstalt betrieb den spektakulärsten, umstrittensten und folgenreichsten Zeitungsverkauf der deutschen Geschichte. Immerhin ging es um die »Filetstücke« der ostdeutschen Presse: 14 profitable Regionalzeitungen, wegen ihrer Rolle im SED-Staat zwar politisch diskreditiert, dafür aber mit enorm hohen Auflagen von bis zu 660.000 Exemplaren und, pressewirtschaftlich noch wichtiger, mit einem von den DDR-Machthabern beabsichtigten Monopol in der Lokalberichterstattung. Eher widerwillig waren diese Blätter nach dem Fall der Mauer von der SED/PDS in die Unabhängigkeit entlassen und in Volkseigentum überführt worden. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik lag es gemäß Einigungsvertrag an der Treuhandanstalt, sie »wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren«.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER, *Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern*, Baden-Baden 1998, S. 31ff.

Die Kritik an der Treuhandanstalt konkretisiert sich bis heute auf die Vergabe- und Auswahlkriterien beim Verkauf der ehemaligen SED-Zeitungen. Die ausschließliche Orientierung an hohen Erlösen und schnellem Verkauf, vor allem das Ausblenden medienspezifischer Besonderheiten, haben letztlich dazu geführt, dass ausnahmslos große westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zum Zuge kamen. So hat sich nicht nur die Kluft zwischen großen und mittleren bzw. kleineren Verlagen vertieft.

Am folgenreichsten war die Privilegierung leistungsstarker Konzerne durch die Überlassung etablierter Traditionstitel mit großen Verbreitungsgebieten und hohen Auflagen für die zahlreichen – wirtschaftlich unterlegenen – Neugründungen in Ostdeutschland. Eine Entflechtung – wie in anderen Bereichen der Wirtschaft üblich – wurde nicht einmal erwogen. Die auch in Pressefragen völlig unerfahrenen Treuhandmanager erwiesen sich beratungsresistent. Die seit jeher privilegierten ehemaligen SED-Zeitungen wurden mit ihren überdimensionierten Verbreitungsgebieten, ihren gegenüber Westdeutschland unvergleichbar hohen Auflagen von teilweise über einer halben Million Exemplaren mit allen Liegenschaften und ihren Druckereien verkauft. Damit hatten diese Blätter gegenüber ihrer Konkurrenz einen Wettbewerbsvorsprung auf dem in Deutschland traditionell zur Konzentration neigenden Zeitungsmarkt.<sup>11</sup>

Damit allerdings war die Privatisierung der früheren SED-Presse noch lange nicht abgeschlossen. Galt es doch, die Restitutionsansprüche der SPD abzuklären. In einigen der SED-Blätter sah die Partei unmittelbare Nachfolgeorgane von SPD-Zeitungen, die von den Nationalsozialisten enteignet und 1946 durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD an die SED übergegangen sind. Der Streit endete mit einem Kompromiss: Die SPD erhielt eine stille Beteiligung in Höhe von 40 Prozent an der »Sächsischen Zeitung« in Dresden zur Abgeltung aller Ansprüche an anderen ehemaligen SED-Titeln. Dass die SPD ihren ohnehin schon ansehnlichen Pressebesitz in Westdeutschland damit noch einmal kräftig aufstocken konnte, hat die Kritik erst im vergangenen Jahr aufgegriffen – mit einer Zeitverzögerung von knapp zehn Jahren.

Glücklos blieben die Verkaufspolitik der Treuhand und die Aufsicht der Kartellbehörden auch auf anderen Feldern. Das Ziel, jedem Kaufinteressenten nur eine einzige Zeitung zuzugestehen, wurde schnell unterlaufen. Waren die Verträge erst einmal unterschrieben, kümmerte sich niemand mehr darum, wenn in der Folgezeit Änderungen an den Eigentümerstrukturen erfolgten wie bei den »Lübecker Nachrichten«, die schon bald 50 Prozent der Anteile an ihrer Neuerwerbung »Ostsee-Zeitung« direkt an den Axel Springer Verlag weiterreichten – ohne Murren des Bundeskartellamts.<sup>12</sup> Ein beredtes Beispiel

---

<sup>11</sup> EBD.

<sup>12</sup> Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER, *Bilanz der Einheit*, in: *Journalist*, Sonderausgabe Dezember 1999, S. 42–44.

ist auch das trickreiche Agieren des WAZ-Konzerns zur Umgehung des Kartellamts bei den Zeitungsbeteiligungen in Thüringen. Dem Verlag wurde zwar eine Reduzierung der Anteile zugunsten der Mitarbeiter und eines anderen Verlages abgerungen. Fünf Jahre allerdings hat das Kartellamt anschließend gebraucht, um zu merken – und zu untersagen –, dass diese Zusagen schnell wieder unterlaufen worden waren.

Manches Versäumnis rächte sich sogar noch später: Ziel der Treuhand war es, beim Verkauf keine zusammenhängenden Verbreitungsgebiete von Zeitungen desselben Verlages in Ost- und Westdeutschland entstehen zu lassen. Und doch erhielt die mehrheitlich zum Süddeutschen Verlag (München) zählende »Neue Presse« in Coburg den Zuschlag für das unmittelbar im Südthüringer Raum verbreitete »Freie Wort« in Suhl. Diese günstige Konstellation hat der Verlag dankend angenommen und jüngst zur Rationalisierung genutzt.<sup>13</sup>

Die »grenzüberschreitende« redaktionelle Zusammenarbeit dieser Blätter sowie der ebenfalls dem Süddeutschen Verlag gehörenden Hofer »Frankenpost«, dem »Vogtland-Anzeiger« in Plauen und der »stz Südthüringer Zeitung« (Bad Salzungen) hat die kärgliche publizistische Vielfalt in dieser Region weiter verringert.

Die Zeitungslandschaft im Osten unterscheidet sich deshalb wesentlich von der im Westen:

- Die Zahl der Ausgaben ist im Verhältnis deutlich geringer,
- die Konkurrenzdicke ist weitaus niedriger,
- das lokale Zeitungsmonopol ist die Regel und
- der Typ der verlegerisch selbstständigen Lokalzeitung ist nahezu unbekannt.

Die Presse-Privatisierung der Treuhand hat überall in den neuen Ländern zu einer Kombination von Marktmacht und Auflagenhöhe mit Know-How und Finanzstärke aus Westdeutschland geführt. Unter diesen Vorzeichen waren nahezu alle der einst 80 nach der Wende neu gegründeten Zeitungen in Ostdeutschland zur Aufgabe gezwungen. Wer den erbitterten Kampf überlebt hat – und das sind einige wenige – kooperiert inzwischen mit einer der großen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Nur die »Altmark Zeitung« des Verlegers Dirk Ippen hat es bisher geschafft: In ihrem kleinen Verbreitungsgebiet ist sie unabhängiger Marktführer. Auf die ehemaligen SED-Parteizeitungen entfallen nun fast 95 Prozent der Gesamtauflage der Abonnementpresse in den neuen Ländern. Ihre Marktstellung ist heute unangefochtener denn je und wurde ge-

---

13 EBD.



genüber den Tagen der SED noch ausgebaut. Die Staatspartei hatte sich mit einem Anteil von 86 Prozent zufrieden gegeben.<sup>14</sup>

Außerhalb Berlins herrschen deshalb heute Pressestrukturen vor, die denen längst vergangener DDR-Zeiten weitaus mehr ähneln als denen in Westdeutschland. Die überwiegend konkurrenzlosen Zeitungen sind zwar dicker, bunter und zweifellos informativer als früher, weisen aber dennoch ein Ausmaß an – auch personeller – Kontinuität auf, wie es wohl in keinem anderen Bereich des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland vorzufinden ist. Dass ausgerechnet die alten SED-Organen mit ihrer einst besonderen Rolle im Machtgefüge der DDR und ihrer herausragenden publizistischen Bedeutung in heutiger Zeit fast drei Viertel ihrer früheren Redakteure auch nach der Wende weiterbeschäftigt<sup>15</sup> und die neuen (westdeutschen) Verleger auf eine Stasi-Überprüfung weitgehend verzichtet haben,<sup>16</sup> gab auch der Enquête-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit Anlass zur Kritik – und sorgte in den Redaktionen selbst bis in jüngste Vergangenheit für einige unliebsame Enthüllungen »in eigener Sache«. Auch wenn solche Enthüllungen heute gerne instrumentalisiert werden, fällt doch auf, dass bisher nur 35 Journalisten bei privaten Arbeitgebern von der Gauck-Behörde überprüft wurden.<sup>17</sup>

Das Zeitungsgeschäft ist für die großen Verlage allerdings keineswegs einfacher geworden. Im Gegenteil: Seit der Wende haben die einstigen SED-Bezirksorgane im Durchschnitt mehr als zwei Fünftel ihrer Auflage eingebüßt; allein seit Mitte der 90er Jahre beläuft sich das Minus auf rund 15 bis 20 Prozent, und ein Ende des Leserschwunds ist nicht in Sicht. Diese Entwicklung muss nicht nur eine Folge von Bevölkerungsabwanderungen und knapper Kassen sein; vielleicht ist es auch eine Reaktion auf als unzureichend empfundene redaktionelle Leistungen.

---

14 Vgl. B. SCHNEIDER/D. STÜRZEBECKER/W. MÖHRING, Ortsbestimmung (wie Anm. 7), S. 90.

15 Beate SCHNEIDER/Klaus SCHÖNBACH/Dieter STÜRZEBECKER, *Journalisten im vereinigten Deutschland. Strukturen, Arbeitsweisen und Einstellungen im Ost-West-Vergleich*, in: *Publizistik*, 38 (1993), S. 353–382, S. 358f.; Beate SCHNEIDER/Klaus SCHÖNBACH/Dieter STÜRZEBECKER, *Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zur Struktur, sozialen Lage und zu den Einstellungen von Journalisten in den neuen Bundesländern*, in: Frank BÖCKELMANN/Claudia MAST/Beate SCHNEIDER (Hg.), *Journalismus in den neuen Ländern. Ein Berufsstand zwischen Aufbruch und Anpassung*, Konstanz 1994.

16 Im Auftrag der »G+J Berliner Zeitung Verlag GmbH & Co.«, der »Märkischen Oderzeitung« und der »Sächsischen Zeitung« untersuchte Prof. Dr. Ulrich Kluge »die Absicherung der Berichterstattung der Bezirksparteizeitungen der SED durch das Ministerium für Staatssicherheit«; Ulrich KLUGE/Steffen BIRKEFELD/Silvia MÜLLER, *Willfährige Propagandisten. MfS und SED-Bezirkzeitungen: Berliner Zeitung, Sächsische Zeitung, Neuer Tag*, Stuttgart 1997.

17 Renate OSCHLIES, *Ein Bereich wurde ausgespart. Debatte über die Stasi-Aufarbeitung in den Medien*, in: *Berliner Zeitung* vom 12./13.5.2001; *Fast kein Zeitungsjournalist auf Stasi-Mitarbeit überprüft*, AP-Meldung vom 11.05.2001.



So werden publizistische Monopole auf lokalen Märkten für die Verlage zum Fluch: Leser von Monopolzeitungen beurteilen »ihr« Blatt deutlich schlechter als jene, die eine Auswahlmöglichkeit haben. Dies hat gute Gründe. Denn tatsächlich sind die redaktionellen Leistungen von Zeitungen ohne örtlichen Wettbewerber – übrigens auch in Westdeutschland – gerade in den Lokalteilen erheblich schwächer. Etliche Leser in den neuen Ländern halten ihrer Zeitung nur der Not gehorchend (noch) die Treue – mangels Alternativen zur lokalen Information.<sup>18</sup>

Zynisch wäre hier anzumerken, dass es bei aller Nachlässigkeit von Behörden und Managern doch tröstlich ist, wenn wenigstens die Leser wach bleiben und reagieren. Und wen wundert es angesichts dieser Entwicklungen, dass auch die Abschaffung der Pressefusionskontrolle ernsthaft im Gespräch ist. Das Pressestatistikgesetz ist ja bereits vorsorglich in den 90er Jahren abgeschafft worden.

Alle diese Fehlentwicklungen lassen sich durch medienpolitisches Handeln, vor allem aber auch durch medienpolitische Abstinenz erklären. Die anfangs geschilderten großen Erfolge aber ebenso. Medienpolitik scheint – das lehren die Ereignisse – immer mehr zum Spielball von Interessen nicht nur der Politiker zu verkommen. Mit Medien, so hat es sich mehr denn je herumgesprochen, lassen sich vielleicht Wahlen gewinnen, mit Medienpolitik sicher nicht. Die Materie ist kompliziert, der Gegenwind stark, die Akteure einflussreich. Vor allem kurzfristige, wählerwirksame Effekte sind nicht zu erwarten, und die langfristigen Folgen müssen andere verantworten.

---

18 B. SCHNEIDER/D. STÜRZEBECKER, *Bilanz* (wie Anm. 12), S. 42–44.